

Kommuniké

des Justizausschusses

über den Bericht der Bundesministerin für Justiz betreffend Jahresvorschau des BMJ auf der Grundlage des Legislativ- und Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission für 2026 sowie des Achtzehnmonatsprogramms des polnischen, dänischen und zypriotischen Ratsvorsitzes (III-296 der Beilagen)

Die Bundesministerin für Justiz hat dem Nationalrat am 30. Jänner 2026 den gegenständlichen Bericht betreffend Jahresvorschau des BMJ auf der Grundlage des Legislativ- und Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission für 2026 sowie des Achtzehnmonatsprogramms des polnischen, dänischen und zypriotischen Ratsvorsitzes (III-296 der Beilagen) zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung vorgelegt.

Der Justizausschuss hat den gegenständlichen Bericht in öffentlicher Sitzung am 17. März 2026 in Verhandlung genommen und gemäß § 28b GOG enderledigt.

An der Debatte beteiligten sich außer der Berichterstatte~~r~~in Abgeordneten Mag. Muna **Duzdar**, und im Anschluss an die einleitende Stellungnahme der Bundesministerin für Justiz Dr. Anna **Sporrer**, die Abgeordneten Mag. Harald **Stefan**, Bettina **Zopf**, Ing. Thomas **Elia**n, Mag. Dr. Petra **Oberrauner**, Henrike **Brandstötter** und Mag. Sophie Marie **Wotschke**.

Bei der Abstimmung wurde der Bericht der Bundesministerin für Justiz betreffend Jahresvorschau des BMJ auf der Grundlage des Legislativ- und Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission für 2026 sowie des Achtzehnmonatsprogramms des polnischen, dänischen und zypriotischen Ratsvorsitzes (III-296 der Beilagen) mit Stimmenmehrheit (**dafür:** V, S, N, G, **dagegen:** F) zur Kenntnis genommen.

Das vorliegende Kommuniké wurde vom Justizausschuss einstimmig beschlossen.

Wien, 2026 03 17

Bettina Zopf
Schriftführung

Mag. Klaus Furlinger
Obmann